

aber für schlaue mußten wir ihn doch halten, und wenn auch ein intellektueller „Nägelgang“ unverkennbar, so würde die Auflösung des Reichstags im jetzigen Moment doch eine solche Fülle des Gegentheils von Schamhaftigkeit bezeugen, daß wir aus psychologischen Gründen das Gericht für unbegründet und für eine Schreckgeburt nationalliberaler Phantasie halten. Man denke: Fürst Bismarck soll als Vertreter der Tabaksteuer (oder des Tabakmonopols), überhaupt der indirekten Steuern, das heißt der Vertretung aller Nahrungsmittel- und Genußmittel vor das deutsche Volk hintreten. Das wäre ja der politische Selbstmord! Nein, so „kaput“ ist der „kapute Mann“ noch nicht. — Sollten wir uns täuschen, je nun, es thut uns leid — um den Fürsten Bismarck.

— Fürst Bismarck scheint sich in die Rolle des Verklagten nicht so leicht hineinfinden zu können, wie in die des Klägers. In dem Injurienprozeß, welchen Dießl. Daber gegen ihn angestrengt hat, war am vorigen Sonnabend Termin vor dem Berliner Stadtgericht; wer aber nicht erschien, das war Fürst Bismarck. Statt seiner kam Justizrath Drewes, welcher im Namen des Reichskanzlers den Kompetenzeinwand erhob, und zwar, weil der Verklagte als General der Kavallerie — damit das Gericht diese Eigenschaft nicht bezweifle, wurde die Bestallung eingereicht — nicht vor ein Zivilgericht gehöre. Ob das Gericht sofort über den Kompetenzeinwand entschieden hat, wissen wir nicht; aus den uns vorliegenden Berichten erhellt bloß, daß ein neuer Termin anberaumt worden ist.

Die Sache kann interessant werden. Gezeigt den Fall, Fürst Bismarck bringe mit seinem Kompetenzeinwand durch und der Prozeß würde vor ein Militärgericht verwiesen — wer und was könnte den genialen Herrn Reichskanzler verhindern, auch hier den Kompetenzeinwand zu erheben, und zwar gestützt auf seine Eigenschaft als Zivilist, die jedenfalls einer dokumentarischen Feststellung nicht bedarf. Auf diese Weise könnte unser amphibibischer Herr Reichskanzler bis an sein seliges Ende zwischen Civil- und Militärgericht hin- und herfaheln. Und „die Konsequenzen, die Konsequenzen!“ Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Und wie viele Personen führen in unserem Kaiserreich eine ähnliche doppeldeutige Existenz?

— „Die freien Kassen und die Klassenfreiheit.“ Unser Breslauer Parteiorgan, die „Wahrh.“, erzählt einen Vorgang, der dieses Thema trefflich illustriert. Die Mitglieder der („freien“) Krankenkasse der Oberschlesischen Eisenbahn (in Breslau) hatten vor Kurzem die alle drei Jahre stattfindende Wahl von Krankenkassenärzten vorzunehmen. Von den drei früheren Ärzten erhielten einer 1770, der andere 1768, der dritte aber bloß 43 Stimmen, während von zwei neuen Mitbewerbern der eine 51, der andere, Dr. Kayser, 1704 Stimmen erhielt. Damit hatte der Wille der Arbeiter sich in deutlichster Weise bekundet. Was geschah aber? Die Direktion der Oberschlesischen Bahn bestätigte nur die zwei früheren Kassenärzte, versagte dagegen dem mit 1704 Stimmen gewählten Neubewerber die Bestätigung. Das „Curatorium“ (der Kassenvorstand) beantragte nun eine engere Wahl zwischen den beiden Ärzten, die 43 und 51 Stimmen bekommen hatten. Auf dieses sonderbare Ansuchen ging indes die Direktion nicht ein und ordnete eine zweite Wahl an. Das Resultat der zweiten Wahl war das nämliche wie das der ersten, die Candidaten, welche damals 1770, 1768 und 1704 Stimmen erhalten hatten, wurden mit ebenso überwältigender Majorität, ja nahezu einstimmig wiedergewählt. Und das Curatorium? Es kassirte abermals die Wahl Dr. Kayser's. Und der Grund? „Dr. Kayser sei zu jung“. Dieser Grund ist bloßer Vorwand, denn jüngere Ärzte, als Dr. Kayser, sind früher bei der Oberschlesischen Bahn angestellt worden. Aber Dr. Kayser ist Sozialdemokrat; und, obgleich er ein vorzügliches Examen gemacht hat und ein ausgezeichnete Arzt ist, so reicht das hin, um ihn für die „freie“ Krankenkasse der Oberschlesischen Bahn unmöglich zu machen. Diese „freie“ Krankenkasse gehört zwar nominell den Arbeitern, wird auch nominell, zum Schein, von den Arbeitern verwaltet, allein thatsächlich gehört sie den „Arbeitgebern“, d. h. der Eisenbahndirektion, die sich durch eine kleine (den Arbeitern am Lohn sehr abgezogene) Beisteuer das Recht gesichert hat, mit der Kasse zu schalten und walten wie sie will. Das nennt man „freie“ Kassen.

— Einer nach dem Andern! Jetzt steht in Paris der Gefängnisdirektor Sabiani unter der Anklage der Expreßung

und andern Verbrechen vor Gericht — Hr. Sabiani, dem nach Niederwerfung der Commune, die Leitung der militärischen Gefängnisse des Seine-Departements übertragen ward, und der in dieser Eigenschaft eine namenlose Brutalität und Fanatismus für die bestehende Gesellschaftsordnung an den Tag legt. Und nun entlarvt als gemeiner Lump und Betrüger! Die „Gesellschaftsordnung“, für die er so begeistert, war die Ausbeutung hilfloser, seiner Obhut überlieferter Gefangenen, die niederträchtigste Spitzbüherei! Ja diese Vertheidiger der „Ordnung!“ Sie wissen wohl, warum. Hr. Sabiani findet Gesellschaft im Zuchthaus. Da ist zunächst Hr. Clement Duvernois, Exminister Bonaparte's, Eigenthümer comme il faut — natürlich für fremdes Eigenthum schwärmend, jedoch von den Richtern „mißverstanden“ und ins Zuchthaus geschickt. Ferner der Biedermann Breux de la Comble, der während des letzten Communalkampfes vier Häuser anstochte, die Brandstiftung auf Rechnung der Communards schrieb (von denen, wer weiß wie viele, deshalb summarisch hänglich wurden), bis die Sache durch spätere — Unvorsichtigkeiten heraus kam, und, verstärkt durch andere ähnliche Leistungen, ihn ins Zuchthaus führte. Und endlich Hr. Garcin, der unerbittliche Ankläger der Communards vor den Kriegsgerichten, diese „Säule der Gesellschaft“, denen Bemühungen es hauptsächlich zu danken, daß Ferré auf Grund eines gefälschten Brandbuchs zum Tod verurtheilt wurde — und der jetzt als Fälscher und Betrüger im Zuchthaus sitzt. Eine nette Gesellschaft diese Gesellschaftskretzer! Schade nur, daß es noch so Viele giebt, die nicht entlarvt sind. Nun, die Zeit wird auch kommen, wo die Gesellschaft von allen „Gesellschaftskretzern“ gerettet wird — erst dann wird man in Wahrheit sagen können: „Die Gesellschaft ist gerettet!“

— „Eine der Hauptursachen des Anarchismus des Proletariats ist der übermäßige Militäretat“ — so steht es geschrieben bei Besprechung einer Schrift in den „Leipziger Nachrichten“, Amtsblatt des königlichen Bezirksgerichts, des Rathes und des Polizeiamts der Stadt Leipzig. Und hinzugefügt wird noch, daß eine Verminderung des Militäretats nicht unmöglich sei. Wir freuen uns über solch offenes Eingeständnis; Fürst Bismarck aber wird kopfschüttelnd sagen: „Schon wieder einer mehr, der „Alles verunreinigen“ will. „Arme „Leipziger Nachrichten!“

— Prompte Justiz. Die „Jüsterburger Zeitung“ (liberal) schreibt aus Königsberg i. Pr.: „Vor etwa zwei Jahren klagte unser Tessenort, der Staatsanwalt Hecht, den Redakteur der damals hier erscheinenden „Friedens- und Freiheits-Vost“ wegen Majestäts-Beleidigung an. In zwei Instanzen wurde der Angeklagte freigesprochen. Tessenort's Beispiel ließ unsern Hecht aber nicht ruhen und so legte er die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Am 23. November 1877 hat das Berliner Obergericht dieselbe zurückgewiesen und das freisprechende Erkenntnis zweiter Instanz bestätigt. Unter dem 21. Dezember 1877 wurde dem Angeklagten (Herrn John Reitenbach-Pliden) vom hiesigen Stadtgericht das Erkenntnis zugesandt.“ — Etwas spät, aber doch endlich.

— Aus Belgien wird unterm 23. v. M. berichtet: Nach einer langwierigen Debatte hat endlich die Repräsentantenkammer mit 57 gegen 27 Stimmen den Bleiminzischen Gesetzesentwurf angenommen, wonach Knaben nicht vor dem 12. und Mädchen nicht vor dem 13. Lebensjahre in Kohlengruben verwendet werden können. Ein weiter gehender Vorschlag, der den Frauen im Allgemeinen die Vergewerksarbeit untersagen wollte, fand nur fünf Anhänger. — Also nur fünf waren es, denen das Geldinteresse und die Ausbeutungslust des Kapitals das Herz nicht ganz versteinert hatte. Ist dies Beispiel nicht ein Beweis für die Unstiftlichkeit des Kapitalismus?

— Der hundertmal in nächste Aussicht gestellte Abschluß des russisch-türkischen Präliminarfriedens ist bis heute (2. März) noch nicht erfolgt. Da es den Russen daran gelegen sein muß, ihre Beute möglichst rasch in Sicherheit zu bringen, kann die Verzögerung nur von den Türken herrühren. Die Türken würden sich aber sicherlich nicht auf die Hinterfüße stellen, wenn sie nicht neuerdings einen Rückhalt gewonnen zu haben glaubten, der natürlich nur in England mit Oesterreich gesucht werden könnte. In wie weit die Regierungen dieser zwei

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausbeutungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts“ [Wpered] Bd. V. London.)

(Fortsetzung.)

VIII.

Und so kommen wir, nach Kenntniß der mannigfaltigsten Erscheinungen im ökonomischen Leben der russischen Landbevölkerung, zu folgendem Resultat: In Rußland herrscht die Hungersnoth, eine alle Theile Rußlands, die fruchtbarsten wie die unfruchtbarsten, umfassende Hungersnoth. Diese Hungersnoth, die im Winter von 1877—78 ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist für Rußland geradezu zur Kalamität geworden. Diese Hungersnoth ist nicht plötzlich gekommen — nein, sie kam langsam, nach und nach im Laufe einiger Jahre, und die Samarische Hungersnoth von 1873 machte den Anfang.

Die Hungersnoth ist dem russischen Volk ein gut bekannter Gast, den es nicht selten in seinen elenden und halbzerstörten Hütten empfangen hatte. Mit dem ersten Auftreten der Fürsten in der russischen Geschichte haben wir schon Nachrichten über Hungersnoth.

In früheren Zeiten war solche Hungersnoth heftiger als die jetzigen, aber sie beschränkte sich nur auf einen kleinen Theil des Reichs. In des Fürsten Jaroslaw's Zeiten war die Süddalener Provinz von einer Hungersnoth heimgegriffen; das Volk erhob sich gegen den Fürsten, obwohl Letzterer auf diese Plage als auf „Gottes Zügelung“ hinwies. Die Hungersnoth von 1127 in der Nowgoroder Provinz war äußerst grauig, so daß das Volk „Wiesenrinde, Lindenlaub und Pferdefleisch zu essen gezwungen war“; während der Hungersnoth von 1230—31 kam es dazu, daß das hungernde Volk „Menschen schlachtete und aß“.

Unsere Geschichtsschreiber wollen die Hungersnoth ausnahmslos den Natur- und Elementarereignissen zuschreiben, aber gewiß ist es, daß sie meistens mit den inneren Zwistigkeiten und blutigen Kriegen zwischen den vielen Nachkommen des Fürsten Vladimir Monomach zusammenhängen.

Mit den Fortschritten des Moskauer Czarenthums wiederholt sich öfter und öfter die Hungersnoth, damit aber auch

die Pflicht der Regierung, dem Volke in kritischen Momenten aufzuhelfen. So z. B. befohl der Czar Boris Godunow in den Hungerjahren 1601—2, aus „seinen Kornspeichern“ dem Volke Brod zu verteilen, und kaufte noch aus seinen eigenen Mitteln Brod für die Armee. Im Jahre 1630 verbot die Regierung, Getreide nach England zu exportiren, und die Regierung des Czaren Nikolais sah sich genöthigt, im Jahre 1833 beinahe 30 Millionen, im Jahre 1839—40 mehr als 25 Mill. Rubel zu veranschlagen, so daß auf den Kronbauern pro Kopf 4,92 Rubel und auf den Gutsbesitzer 3,6 Rubel entfielen.“

Wie schon oben gesagt, trat die Hungersnoth früher mit größerer Heftigkeit auf, aber sie beschränkte sich immer nur auf einen kleinen Theil des Reichs und hatte gewöhnlich ein Ende nach einer guten Ernte. Das ist jetzt anders geworden: der Hunger ist in Permanenz, und nicht nur ein Bruchtheil, sondern das gesammte arbeitende Volk leidet.

Wie erklärt sich diese Erscheinung?

So viel ist erwiesen, daß jetzt ganz andere Ursachen als früher die Hungersnoth veranlassen. Beweis, Wisernten haben wir auch jetzt, aber wahrcheinlich nicht in demselben Maße als früher, denn der starke Export von Getreide und anderen wirtschaftlichen Produkten weist darauf hin. Also Brod war in Rußland sogar im Ueberflusse vorhanden, aber dieser Ueberflusse kam nicht dahin, wo er am nöthigsten gebraucht wurde, — er kam nicht in die Hände Derer, die ihn durch ihre schwere Arbeit hervorgebracht hatten.

Die russischen Pechkosaken mögen immerhin die Ursachen der Wisernten in dem Frost oder Hagel, in der Dürre oder Ueberfluthung u. s. w. suchen. Mit solchen Ursachen können sich nur oberflächliche Deute begnügen; für uns sind diese nicht hinreichend. Die Ursachen des Volkselends liegen tiefer. Wir suchen diese Ursachen in der intensiveren Ausbeutung der ackerbauenden Bevölkerung. Wir wissen, daß die Ausbeutung in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat; daß sie neue Mittel zur Verflavung der Armen erfinden hatte, und daß diese Mittel erst seit den „großen Reformen“ der jetzigen Regierung ins Leben treten und sich entwickeln konnten.

Hier müssen wir die Lage des früheren Bauern mit der des jetzigen vergleichen.

*) Wie es scheint, waren die früheren „Herrscher“ bei Volksausfällen freigebiger als die jetzigen „Selbstherrscher“, die die Hungersnoth mit 40^{er} Kopeken pro Kopf abspießen.

Länder die Hoffnungen der Türken genährt haben, und eventuell zu erfüllen gedenken, bleibt abzuwarten.

— Nach russischen Blättern ist unter der russischen Armee in Bulgarien der Typhus epidemisch ausgebrochen. Die Zahl der Erkrankungen beträgt 19 vom Hundert. Auf der Heimfahrt kehren die Kranken massenweise, und was dann mit ihnen geschieht, das erzählt der (russische) „Golos“: „Auf der ganzen Strecke von Simniga bis Fratesti liegen massenhaft unbeerdigte und verwesende Leichen.“ Wie Hunde behandelt im Leben, wie Hunde behandelt nach dem Tode — das ist das Loos der armen russischen Soldaten. Das humane „Bäterchen“, der für Kultur und Freiheit kämpfende Czar!

— Genosse Schreil wurde, nachdem er zur „Verbüßung“ einer zmonatlichen Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung sich dem Gerichtsgefängnis zu Bochum am 15. Februar gestellt hatte, wegen Ueberfüllung dieses Gefängnisses mit noch einem anderen „Sträfling“ geschlossen, also mit einem höchst wahrscheinlich „gemeine Verbrecher“ zusammengesetzt, am 23. Februar nach Herlohn transportirt. Und da saßelt man immer noch von der Humanität im Strafvollzug.

— Aus Binneberg erhalten wir die Nachricht, daß dort unsere Partei am 27. Februar bei der Neuwahl zum Schulcollegium einen glänzenden Sieg erfochten hat. Im Dezember vorigen Jahres hatte ein Sozialdemokrat mit einer Stimme Majorität gesiegt; die Wahl aber wurde für ungültig erklärt. Diesmal erhielten unsere Parteigenossen Ruß und Sammann 255 resp. 252 Stimmen, die antisozialistischen Gegner, auf die die ganze reaktionäre Masse stimmte, erhielten 187 und 185 Stimmen. — Es ist doch ein schönes Ding mit den Ungültigkeitserklärungen von Wahlen, wo Sozialisten gesiegt haben!

— Am 1. März wurde der frühere verantwortliche Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Herr Eduard Sad, welcher in erster Instanz freigesprochen war, in zweiter Instanz wegen Beleidigung des Generals Werder zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt. Aehnlichen Verlauf nehmen merkwürdiger Weise fast sämtliche politischen und Preßprozesse in Frankfurt a. M.

— Das neueste Heft (11) der „Zukunft“ vom 1. März enthält folgendes: Zur Wahlreformfrage. Von Dr. L. Büchner. — Zur Proportional-Vertretung. — Die soziale Lage in Italien. Von Benoit Malon. (Fort.) — Maximilian Robespierre. Von Dr. Karl Brunnemann. (Fort.) — Die Arbeitslöhne in Belgien. Von Louis Bertrand. — Polemik. — Rezensionen.

— Berichtigung. In Nr. 24 des „Vorwärts“ von Sonntag den 24. Februar befindet sich unter „Politische Uebersicht“ eine Notiz, den Londoner Steinhauerstreik betreffend, die nothgedrungen einer Berichtigung bedarf, zumal es das zweite Mal ist, daß der „Vorwärts“ dies mittheilt; Ende Dezember v. J. schon ließ er den Streik als verloren betrachten.

1) Ist es eine Unwahrheit, daß der Streik bis jetzt verloren sei, vielmehr sind die Aussichten namentlich der klimatischen Verhältnisse halber die günstigsten. Obwohl der Streik bis jetzt die Summe von 60,000 Pfd. St., gleich 1,200,000 Mark vergebte, sind doch die Mittel noch für längere Zeit zur Disposition gesichert.

2) Ist es unwar, daß die Pläge hier alle besetzt und die Strikenden entthätigt sind. Es wird dies schlagend bewiesen durch die schieferhafte Thätigkeit der Weiseragenten namentlich in Schottland, dieses Rudakei wurde vielmehr von liberalen Reportern aus der englischen in die deutsche Presse verschleppt, und ist sehr zu bedauern, daß sich die Redaktion des „Vorwärts“ durch diese Ente täuschen ließ.

3) Ist es eine durch nichts Stichthaltiges gerechtfertigte Ansicht des „Vorwärts“, daß eine Niederlage des Streikes die Arbeiter mehr aufklären würde. Wir haben triftigen Grund, das Gegentheil anzunehmen.

Im Interesse der Sache möchten wir doch den „Vorwärts“ erluchen, mit seinem Urtheil einzuhalten, bis er eine offizielle Mittheilung über das Resultat aus compententer Quelle erhält, die ihm sofort zugehen wird. Schon bei der Dezembernotiz kamen Steinhauer vom Rheinland, die uns entgegeneten, der

Bis zur „großen“ und „ruhmvollen“ Bauernreform vom 19. Februar 1861 bestand das ganze russische Bauernthum aus zwei fast gleichen Kategorien: aus Kron- und gutsherrlichen Bauern.

Die Kronbauern umfaßten 25 Millionen der produzierenden ländlichen Bevölkerung, deren ökonomische Ausbeutung nicht sehr stark war. Sie waren sehr reich bedacht seitens der Regierung; pro Kopf besaßen die Kronbauern 8 Dessjatinen (34,2 Morgen) gut bebauten Landes in den dichtbevölkerten Gouvernements, und 15 Dessjatinen (64,2 Morgen) in den an Ackerland reichen, aber an Bevölkerung armen Gouvernements. Dafür hatten sie jährlich etwa 40 Millionen Rubel an Steuern an die Regierung zu entrichten. Und so war es den Kronbauern möglich, ihre reiche Wirtschaft in gutem Zustande zu erhalten, und nur die niedrige Stufe der Bildung, auf der die Kronbauern standen, sowie der Mangel der gemeinschaftlichen Verarbeitung des Grund und Bodens — nur das war der Hamschuh zur besseren Entwicklung dieser Wirtschaften.

Selbstverständlich hatten diese Hindernisse allmählich sehr leicht hinweggeräumt werden können, wenn nicht ein noch weit schlimmeres Hindernis zu beseitigen gewesen wäre. Wir meinen die Mißbräuche der Administration, die autokratisch-absolutistisch mit dem Eigenthum der Bauern umging. Die Verwaltung betrachtete den Bauer als ihren Leibeigenen oder Unterthan und knechtete ihn nicht minder als die graulusten Gutsbesitzer. Aber diese Ausbeutung wurde trotz ihrer Ungefeglichkeit nicht systematisch betrieben, sie war nicht organisiert, und darum war sie, mit wenigen Ausnahmen, nicht so verderblich, wie jede systematisch organisirte und nominell gesetzliche Ausbeutung. Die Verwalter nährten sich zwar von den Ertragsnissen der produzierenden Bevölkerung, aber das Wirtschaftseigenthum des Bauern täschten sie nicht an; sie hemmten nur die Entwicklung der Wirtschaft.

Die andere Kategorie der ländlichen produzierenden Bevölkerung bestand aus „Skaven“, genannt Leibeigene. Hinsichtlich ihrer Ausbeutung können wir nur dasselbe sagen, was wir oben von den Kronbauern sagten. Die Ausbeutungsformen, obwohl in einzelnen Fällen sehr streng, waren im Allgemeinen milder, als es bei der kapitalistischen Produktion in Form von Lohn-

*) Wir sagen „Skaven“, denn die russischen Leibeigenen waren ihrer ökonomischen und juristischen Lage nach mehr Skaven als Leibeigene.

„Vorwärts“ habe die Beendigung des Strikes berichtet, ebenso auch die „Berliner Freie Presse“.

Wir warnen hiermit nochmals nachdrücklich vor Juzug.

Im Auftrag: J. J. Ehrhart.

London, 27. Februar 1878.

(Wir können nur sagen, daß wir unsere Information über den Strike dem Centralorgan der englischen Gewerkschaften, der „Industrial Review“, entnommen haben.)

Red. d. „B.“)

Die Gewerkschaftskonferenz zu Gotha.

Die Konferenz wurde Sonntag, den 24. Februar durch A. Kapell eröffnet. Anwesend waren 23 Delegirte und zwar: Verband der Buchbinder: Bäckel und Pöllerich, Leipzig. Verband der Buchdrucker: Härtel, Leipzig. Verein der Böttcher: Fröhner, Leipzig. Glasarbeiterbund: Horn und Böffel, Dresden. Maurer- und Steinhauerbund: Hurlmann, Hamburg. Metallarbeiter-Gewerkschaften: Schler, Braunschweig. Brenner, Berlin. Manufaktur- und Hand-Arbeiter: Böttcher, Bremen. Grummitschan, Fahrenkamm, Erfurt. Allgem. Deutscher Schneiderverein: Klerz, Dresden. Für die Mitglieder der Schneider: Dunker. Schuhmacher-Gewerkschaft: Siejede und Borchen, Gotha. Stellmacherverein: Schulze, Hamburg. Tischlerbund: Weidemann, Mannheim. Tischler-Gewerkschaft: Schuler. Tischlerverein: Klawns, Erfurt. Zimmerer-Gewerkschaft: A. Kapell und Pfeiffer, Hamburg. Für die Mitglieder aller Gewerke Heilbergs: Weber. In das Bureau wurden gewählt: Weidemann und A. Kapell als Vorsitzende, Klerz, Bremer und Horn zu Protokollführern, Weber als Führer der Rednerliste.

Nach Schluß der General-Diskussion werden in der Spezial-Diskussion folgende Punkte angenommen: Punkt 1. Vorschläge zu einem Normal-Statut, betr. Centralisation. Punkt 2. Presse. Von einem Centralorgan wird Abstand genommen, dem gegenüber empfohlen, daß die verwandten Berufsgruppen sich so viel als möglich auf Grund der staatlichen Gewerbestatistik in Gruppen vereinigen. Punkt 3. Betreffs der Agitation wird empfohlen, dieselbe möglichst gemeinsam zu betreiben. Punkt 4. Betreffs der Unterstützung bei Arbeits-Einstellungen und Ausschüssen wird empfohlen, eine möglichst gleiche Beihilfe sämtlicher Gewerke zu erheben, um in Fällen der Nothwehr eine Sicherung herbeizuführen. Punkt 5. Betreffs der Reiseunterstützung wird empfohlen, dieselbe bei sämtlichen Gewerkschaften einzuführen, sowie Errichtung gemeinschaftlicher Arbeits-Nachweis- und Verkehrs-Lokale. Punkt 6. Centralisation der Krankenkassen sei zu empfehlen und solle man sich bemühen, auf diesem Wege baldigt etwas zu schaffen.

Zur Durchführung der Konferenzbeschlüsse soll eine Commission gewählt und auch mit der einheitlichen Leitung betraut werden. Um dieses möglichst bald herbeizuführen, beschloß die Konferenz, zu Pfingsten einen allgemeinen Gewerkschafts-Kongress abzuhalten, wo, wenn thunlich, die noch in Aussicht stehenden Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften tagen sollen. Als Ort hierzu wurde Magdeburg oder Hamburg in Aussicht genommen.

Zum Schluß wurde noch beschlossen, daß Gewerkschaften, welche sich vorstehenden Bestimmungen anschließen, zu jeder Zeit nach vorhergehender Kündigung sich auch wieder separiren können. Die Einberufung des Gewerkschafts-Kongresses, sowie die nöthigen Vorarbeiten dazu wurden den Hamburger Genossen übertragen.

Auch sprach die Konferenz noch den Wunsch aus, daß sich möglichst sämtliche Gewerkschaften an dem abzuhaltenden Kongress betheiligen möchten. — Sodann wird die Konferenz geschlossen.

Correspondenzen.

Chemnitz. Der berüchtigte Emil Kästel, der unter dem Namen „Raphael Schütz“ sich eine Zeit lang als Sozialdemokrat aufspielte und in der Partei — freilich ganz fruchtlos — Stänkereien zu machen suchte, dann den Nationalliberalen, nicht ohne Erfolg, seine Dienste anbot, ist dieser Tage in Dresden wegen Unterschlagung und Betrug zu zweijährigem Gefängniß verurtheilt worden. So hätte die Nemesis wieder einen „Sozialistenbödder“ beim Schopfe gepackt.

arbeit der Fall ist. Diese produziert mit der Absicht, den Weltmarkt mit ihren Erzeugnissen zu versehen und Profit zu machen, während jene Wirtschaftsform nur auf Hervorbringung von Naturalien bedacht war, die an Ort und Stelle consumirt wurden. Die Ausbeutung der Leibeigenen war daher auch auf jenen Güterkomplexen am ärgsten, wo das Hütten- und Bergwesen vorherrschte, während auf den übrigen Gütern dies Verhältnis zwischen Gutbesitzer und Leibeigenen in den meisten Fällen einen patriarchalischen Charakter hatte.

Gewöhnlich bestand die Leistung der Leibeigenen darin, daß sie den Gutbesitzern Frohngelder zahlten, die aber nur in den gewerblichen Orten noch waren, oder daß sie wöchentlich eine dreitägige Frohnarbeit auf den gutsherrlichen Aedern zu leisten hatten, wofür die Leibeigenen ihrerseits vom Gutbesitzer ein Stück Land zur unentgeltlichen Benutzung erhielten. Außerdem waren die Gutbesitzer verpflichtet, Steuern für die Leibeigenen zu entrichten und mußten sie dieselben bei Rippenbrüchen, Feuerbränden u. dgl. unterstützen. Und hier sehen wir abermals dieselbe Erscheinung wie bei den Kronbauern: die Gutbesitzer waren, wie die Kronbauern-Administratoren, nur ein Hemdchen für die Entwicklung der Bauernwirtschaft.)

So fand es im Allgemeinen nur die ökonomische Lage der russischen ländlichen Bevölkerung in der Reformen-Periode. Da kam die Zeit der „Reformen“. Unterlassen wir hier die unständliche Aufzählung der Ursachen, die diese Reformen hervorgerufen haben. Bemerken wollen wir nur, daß wir in dieser Hinsicht mehr Gewicht auf die ökonomischen Ursachen als auf die liberalen, humanitären und politischen Combinationen legen. Der „nationale Reichtum“ erwies sich als zu gering, man mußte diesen „Reichtum“ vermehren und die Produktion im Innern des Landes fördern, denn durch die Förderung der Produktion, das weiß jeder Kapitalist, wächst der Reichtum, der natürlich nur in die Taschen der Kapitalisten fließen darf.

*) Man darf daraus keineswegs folgern, daß wir die „alte gute Zeit“ zu idealisiren geneigt sind. Wir wollten nur auf den Unterschied zwischen der auf der Leibeigenschaft basirenden Wirtschaft und der kapitalistischen hinweisen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Baden. Unsere liberalen „Volkvertreter“ in der zweiten Kammer sind, sammt der sehr „liberalen“ Regierung, durch die beabsichtigte Tabaksteuer arg in die Klemme gebracht worden. Sie sehen ein, daß sie das Wasser nicht auf beiden Schultern tragen können, d. h. daß sie außer Stande sind, gleichzeitig den Wünschen ihres Herrn und Weikers in Bagin und ihrer Mandatgeber, des badischen Volkes, zu willfahren. Dies zeigte sich so recht deutlich gelegentlich der Anfrage Schneider's in der zweiten Kammer über die Stellung der Großherzoglichen Regierung der beabsichtigten Tabaksteuer gegenüber; sowie in der ersten Kammer, wo Freiherr v. Göler beim Posten „Matrikularbeiträge zum Reich“ die Tabaksteuer zur Sprache brachte.

Der Abg. Schneider (bürgerlicher Demokrat) hob in seiner Rede hervor, daß durch die beabsichtigte Steuer der Tabakbau in Baden fast aufhören würde, es würde dadurch nicht nur der Conjoint, sondern auch die Landwirtschaft, Handel und Industrie schwer getroffen. Der Gesegentwurf sei nicht anders zu betrachten denn als Vorläufer des Monopols, was in den Motiven deutlich hervorgehoben sei. Das Monopol könne aber zu politischen Zwecken mißbraucht werden und bedeute eine Annäherung an die sozialdemokratischen Ideen. Die Genehmigung der Vorlage und ihre Folge (Monopol) würde bei uns den Ruin zahlreicher Existenzen nach sich ziehen, die Steuerkraft vermindern, die Auswanderung vermehren.“ Der Geh. Rath Ellstätter hob in seiner Beantwortung hervor, daß die Großh. Regierung in Berlin einen prinzipiellen Widerspruch nicht erhoben habe, weil ein dringendes Bedürfnis zur Erhöhung der unmittelbaren Reichseinnahme auch im Interesse der Einzelstaaten liege. Abhilfe sei durch direkte Reichsteuer nicht möglich und könne nur gesucht werden auf dem Gebiete der indirekten Steuern. Hier biete sich kein Objekt, das zur Besteuerung geeigneter wäre als der Tabak. Diese Thatsache sei nicht zu bestreiten. Man könne beklagen, daß dies Baden am meisten treffe, aber die Sache sei weder zu ändern, noch vom Lande abzuwenden. Die Regierung habe im Bundesrath beantragt, den Centner inländischen Tabak mit 18 Mark zu besteuern, und nachdem dies abgelehnt wurde, gegen das ganze Geleß gestimmt.“

Die Kammer mußte nun wohl oder übel in die Debatte eintreten, um zu sehen, wie sie sich am besten aus dieser unangenehmen Situation befreien kann. O Bismarck, warum hast du uns das gethan! hätte der Abg. Paravicini ausrufen können als er sagte: „Es gebe nicht leicht einen Einzelstaat, der dem Reich so viel leiste wie Baden, was man ihnen aber jetzt zumuthe, gebe zu weit, sie hätten gethan und würden auch ferner thun was sie können.“ Man, mehr verlangt Bismarck auch nicht, als schließlich „Ja“ zu sagen, und das können die liberalen Volkvertreter doch aus dem H. Der Abg. Kiefer machte sich die Geschichte schon etwas leichter, das Geleß, wie es jetzt vorliege, sei zwar ungerecht, weil es Baden am meisten treffe, aber prinzipiell könne man die Tabaksteuer-Erhöhung nicht von der Hand weisen, die gegenwärtige Zeit, wo eine Kabinetskrise in Oesterreich, oder eine Intrigue in Paris, oder dergleichen den europäischen Frieden bedrohen können und sich zahlreiche, ja sogar deutsche Stimmen für Hertrümmung des verhassten deutschen Reiches ausprechen, sei nicht dazu angethan, das Reich finanziell zu schwächen und damit die Wehrkraft desselben zu beeinträchtigen.

Der Abgeordnete Bär, auch Reichstagsabgeordneter, bemüht sich, in edel liberaler Weise dem Volk Sand in die Augen zu streuen, indem er betonte, daß Baden nach dem Entwurf 1/3 der ganzen Steuer bezahlen müsse, obgleich dasselbe nur 1/20 des ganzen Reichs ausmache. Deshalb könne er dem Gesegentwurf nicht zustimmen, es werde aber nichts anderes übrig bleiben, als das Monopol einzuführen. Als ob wir uns dann besser stellen würden! Ja, Bismarck würde sich sogar freuen, wenn alle Reichstagsabgeordneten auf dem Standpunkt des Abg. Bär ständen, er brauchte dann das Uebergangsstadium der Steuer nicht und könnte gleich das Monopol einführen. Die Offenburger Wähler können sich zu ihrem Abgeordneten, der bismarckischer als Bismarck ist, gratuliren.

Der Abg. Junghans (ultramontan) meinte, so lange die Völker ihre Militärausgaben nicht einschränken, müsse das Volk allerdings bezahlen, und da sei es gleich, ob wir gesteuert oder gebraten geessen werden, d. h. ob Steuererhöhung oder Monopol das Geld einbrächten. Pflicht jedes badischen Abgeordneten und der badischen Regierung sei es, den Gesegentwurf ohne Phrasen zu Fall zu bringen. Was den Ertrag betreffe, so hätten wir ja Finanzminister in Deutschland genug, die Abhilfe anzutragen könnten.

Der Abg. v. Feder sprach sich ganz entschieden gegen den Gesegentwurf aus, weil er eine ungerechte Belastung Süddeutschlands involvire.

Wenn sich nun auch sämtliche Redner gegen die Steuererhöhung ausgesprochen haben, so konnte man es ihnen doch anmerken, wie schwer es ihnen wurde, und außerdem ist noch zu bedenken, wie billig sie es da haben konnten, da die Entscheidung nicht in der badischen Kammer, sondern im Reichstag liegt. Auch in der ersten Kammer sprach man sich, mit Ausnahme des Herrn Demmel, dem das „deutsche Interesse“ unter allen Umständen über das des engeren Vaterlandes geht, gegen das Geleß aus.

In Folge der zweideutigen Haltung des Nationalliberalismus, der ja in Baden beinahe ausschließlich dominiert, sind sich auch die Tabakbauern vielfach im Unklaren über die Tragweite des Geleßes. Sie sehen zwar ein, daß die beabsichtigte Steuererhöhung schädigend auf den Tabakbau einwirken muß, glauben aber vielfach, daß es beim Monopol besser wäre, indem dann den vielen Zwischenhändlern das Handwerk gelegt würde, sie sehen aber nicht ein, daß es der Regierung gar nicht darum zu thun ist, sondern nur um möglichst viel Geld dabei herauszuschlagen. Die Regierung würde dann den Preis für den Tabak derart niedrig stellen, daß an einen höheren Ertrag des Tabakfeldes gegenüber anderen Feldfrüchten, wie es gegenwärtig der Fall ist, gar nicht mehr zu denken ist. Tabak würde dann nicht mehr eintrogen als z. B. Kartoffeln, und mit dem so oft gepriesenen „Wohlstand“ der Tabakbauern wär's vorbei. Das „Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins im Großherzogthum Baden“ sprach sich denn auch gegen die Steuererhöhung sowie gegen das Monopol aus.

Wenn also die süddeutschen Abgeordneten den Wünschen ihrer Wähler Rechnung tragen, so ist Aussicht vorhanden, daß das Geleß im Reichstag abgelehnt wird. Ob sich aber dieselben, sofern sie der nationalliberalen Fraktion angehören, zu einer solchen That ermannen werden, muß ich sehr bezweifeln. — Durch die Zeitungen geht gegenwärtig folgende Notiz:

„Konstanz, 9. Februar. Der Gemeindevoranschlag für 1878 ist noch nicht ganz vollendet, doch wird uns mitgetheilt, daß sich die Einnahmen auf ungefähr 150,000 M., die Ausgaben auf 464,000 M. belaufen werden. Darnach sind ungefähr 314,000 M. durch Umlagen zu decken, was nach Abzug des Ertrags der Kapital- und Klassensteuer etwa 1 M. 20 Pf. auf 100 M. des Grund-, Häuser- und Erwerbsteuerkapitals ergibt.“

In heutiger Schöffengerichtssitzung wurde der frühere Ober-

bürgermeister Herr May Strohmeyer wegen Beleidigung der Mitglieder des Schöpfungsrathes zu einer Geldstrafe von 50 M., sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurtheilt. Zu bemerken ist hierbei, daß Herr Strohmeyer der Abgott der Liberalen war, der aber die Stadt derart in die Schulden hineingebracht hat, daß selbst die Regierung einen Commissionär nach Konstanz schicken mußte, um wieder Ordnung in die Verwaltung zu bringen.

Neuerdings ist die Opposition gegen die liberale Wirtschaft wieder stärker hervorgebrochen, darob großer Jammer in der liberalen Presse, die glaubte, die Sache werde so stillschweigend im Sand verlaufen. Man sieht, der Liberalismus wirtschaftet sich immer mehr ab.

Frankenhausen i. Th., im Februar. Wenn Sie von hier eine kleine Correspondenz bekommen, so dürfen Sie um keinen Preis denken, es ist doch nur Einer dort, der mit der Sozialdemokratie sympathisirt, im Gegentheil, die große Masse des Volkes Nordthüringens ist sozialistisch und besonders um hiesigen Ort herum. Wenn auch die Sozialistenbitter im verflochtenen Jahre jubelten: „Frankenhausen ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschieden“, so war damit doch sicher nicht gesagt: Frankenhäuser ist zur Fortschrittspartei übergegangen. Die Verhältnisse waren damals derart, daß es (in kleinen Orten wie dem hiesigen) sich dieses oft wiederholen an den nöthigen agitatorischen Kräften fehlte. Man wird in solch kleinen Orten in der Regel nur einen Mann finden, der öffentlich auftreten kann, und das war auch hier der Fall. Hier nur ein ganz kurzer Rückblick. 1868 entwickelte sich hier die Sozialdemokratie, ein einzelner Mann leitete Alles. Daß der Mann als Feind von allen Parteien angesehen wurde, ist selbstverständlich. Die Arbeitsentlassung, Chikane, Prozesse, Geldstrafen u. dgl., gerade wie anderswo auch, waren an der Tagesordnung. 1870 auf Hochverrath angeklagt, bei der Verhaftung und folgenden Haft körperlich vollständig ruiniert 1871 in den Schwarzburg-Nadolschläder Landtag gewählt, 1874 wiedergewählt, hielt er es aus bis 1875, da erklärte er gegen Freunde: „es geht nicht mehr!“ So viel ich mich entsinne, machte er im Jahre 1876 seine letzte Strafe von drei Wochen ab. — Es würden sich wohl jüngere Kräfte finden, aber der Anstoß fehlt; sollte es möglich sein, daß ein Agitator von außerhalb Gelegenheit hätte, einmal nach hier zu kommen, so würden bald die Sozialistenbitter eines andern und bessern belehrt werden.

Friedberg (Oberhessen), im Februar. Agitationsbericht. Im Monat Januar vergangenen Jahres traten wir zum erstenmal öffentlich auf, und zwar gezwungen durch einen Angriff der conservativen Partei bei Gelegenheit der Reichstagswahl. Wir schickten den Candidaten dieser Partei gebührend heim, und schenkt ihm seitdem die Lust zu weiteren Kämpfen vergangen zu sein. Die „Vorbeeren“, welche sich dieser Herr errungen, liegen, wie es schien, die hiesigen Korrupten der Nationalliberalen nicht schlafen, und als gar der Artikel eines Herrn L. F. seinerzeit im „Vorwärts“ erschien, da war es beschlossene Sache im Lager dieser Herren, dem frechen Eindringling, genannt Sozialismus, einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Verschiedene schlecht geführte Hiebe im „Oberhessischen Anzeiger“, Kreisblatt für den Kreis Friedberg, wurden natürlich von uns präcis parirt, und als endlich ein in angeblich 10,000 Exemplaren verbreitetes, durch und durch confuses Flugblatt gegen uns erschien, konnten wir nicht umhin, auf eben diese Weise, d. h. mittelst Flugblatt, zu antworten. Genosse Frohme in Frankfurt hat später in einer Nummer des „Volkstreuend“ in der richtigen Art dieses Zeugniß liberalen Verstandes gegeben. Während dieser Vorgänge hatten wir in verschiedenen nahegelegenen Ortschaften Versammlungen abgehalten, und alle hatten günstigen Verlauf und Erfolg. Das Landvolk der Wetterau ist, soweit wir es kennen gelernt haben, wenn auch dumm, so doch keineswegs unzugänglich. Mittlerweile sagten uns Genosse Pfannkuch aus Kassel und Frohme aus Frankfurt zu, über die kapitalistische Großproduktion, die Lage des Kleinhandwerker- und Bauernstandes und die sozialistischen Productivassoziationen referiren zu wollen, während Parteigenosse B. von hier schon früher einen Vortrag über die historische Entstehung des Sozialismus, dessen Bestrebungen und Ziele gehalten hatte. Am 10. Juni fand der Vortrag Pfannkuchs und Frohme's statt. Das war ein heißer Tag in doppelter Hinsicht. In dem Lokale, einem schönen großen Gartenlaube, herrschte eine tropische Temperatur, und bald entwickelte sich ein hitziger Redekampf, an dem sich sämtliche hervorragende Persönlichkeiten unserer Gegner, welche wir besonders eingeladen hatten, betheiligten. Von 4 bis 7 Uhr Abends wogte der Kampf hin und her, doch können wir mit Bestimmtheit sagen, von gegnerischer Seite mit wenig Geschick und noch weniger Anstand. Ein Herr Schulinspector nannte uns Verfälscher der Jagend, Umstürzler und Demagogen, unser Herr Landtagsabgeordneter beitelte uns Vaterlandslose, die durch ihre unflüchtigen Forderungen die Liberalen in die Arme der Reaction trieben, und ein hiesiger Müller that sogar den classischen Ausruf, daß Alles, was wir sagten, nicht wahr sei; nicht die großen Grundbesitzer machten die kleinen Bauern, sondern im Gegentheil, die kleinen Bauern die Großgrundbesitzer kaput. Darauf wüthendes Bravobrüllen der anwesenden landwirtschaftlichen Großen, was sich um so komischer anhörte, als unser Müllerlein vorher bemerkt hatte, er gehöre zum Kleinbauernstande, und sei er infolge dessen ein Feind der „Großen“. Das thut aber alles nichts, wenn es gegen die Sozialisten geht, ist eben alles, auch das tollste Zeug recht.

Frohme und Pfannkuch standen wie zwei Felsen im Meer, umstoß von wüthender Brandung. Ihre Antworten waren schlagend, überzeugend und ruhig; nur wenn die Gegner in zu unangenehmer Weise sich ergingen, ward ihnen, von Frohme hauptsächlich, die verdiente Jächtigung. Schließlich räumten die Herren das Feld, indem sie erklärten, sich nicht länger mit uns herumbalgen zu wollen. Viele der Anwesenden, wir möchten sagen die Mehrzahl, war auf unserer Seite. Einige Wochen später wollten wir eine Versammlung in Münsenberg, einem schönen großen Nachbarorte, abhalten, in welcher Genosse Ulrich von Offenbach referiren sollte, allein ein Unwetter vereitelte durch sein Anfließen der Versammlung ohne Grund unsere Absicht. Dem Manne wurde später auf unsere Beschwerde beim hiesigen Kreisgericht ein Verweis, und unsere Versammlung fand vier Wochen später unbeanstandet statt.

Vor Kurzem nun hielt Frohme einen zweiten Vortrag über das „sozialdemokratische Programm“. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in ausgezeichnete Weise und hat einen sehr guten Eindruck gemacht. Um noch verschiedener Kleinigkeiten zu gedenken, so sei bemerkt, daß wir einen Majestätsbeleidigungsprozeß hatten, der aber den Anklagern zum Kerger wegen Mangel an Beweisen niedergefallen werden mußte. Ferner suchten in mehreren Wirtschaften regelhafte Burischen Scandale mit Mitgliedern der Partei anzuknüpfen, die und da aber kamen sie an die Unrechtheit. Noch sei bemerkt, daß bei letzter Stattegehabter Gemeinderaths-Ergänzungswahl Parteigenosse Lorenz Berg 41 Stimmen erhielt, obgleich wir als Partei und nicht

an der Wahl theilhaftig und die meisten unserer Genossen aus verschiedenen Gründen nicht wählen konnten. Den Herren Liberalen möge dies zum Beweise dienen, daß der Sozialismus bei uns Boden findet, nur muß dieser Boden tüchtig gedüngt und befeuchtet werden. Bei den nächsten Reichstagswahlen gedenken wir mit unseren Gegnern ein ernstes Wort zu sprechen, und wenn wir uns auch nicht mit der Hoffnung tragen, dann schon einen Candidaten durchzubringen, so wollen wir bei der sozialistischen Heerschaar doch unser Contingent, und wir hoffen ein nicht geringes, stellen. Mögen die Gegner schimpfen, hegen und verächtlichen; der Sozialismus kommt, langsam, aber unabwehrlich rückt er heran, und nichts wird ihn aufhalten in seinem Siegesmarſch. Er kämpft für die höchsten Güter der Menschheit, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und darum erzeugt er in allen seinen wirklichen Anhängern jene innere Befriedigung, jene sittliche Kraft und jene hohe Begeisterung, die die Kleinen groß, die Schwachen stark macht. Und das fehlt unseren Gegnern, und das werden sie nie haben, und darum kommen wir trotz unserer geringen materiellen Mitteln vorwärts, immer vorwärts.

Die Parteigenossen aber mögen sich beim Lesen dieser Zeilen ins Gedächtnis rufen, daß wir nicht rasten noch ruhen dürfen, und daß jedes neue Jahr ein neues Kampfes-, aber auch ein neues Siegesjahr sein muß.

Schließlich noch besten Dank den auswärtigen Rednern, welche uns unterstützt haben, und die Wetterauer Genossenschaftsmänner mögen allerorts auf ihrem Posten sein, damit die Agitation mehr und mehr geregelt vor sich gehen kann. Wenn die nächste Reichstagswahl kommt, müssen wir völlig gerüstet dastehen.

Offenbach, 28. Februar. Gestern lieferten die Schuhmacher ihre Lederwaaren, welche sie von den Fabrikanten noch in Besitz hatten, ab. Es herrscht eine Einmüthigkeit unter denselben, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Ein Theil der Strikenden — die lebigen jungen Leute — hat sein Bündel geschnürt und ist bereits abgereist, ein anderer Theil hat bereits Arbeit bei Meistern genommen und nur noch wenige sind zu unterstützen.

Offenbach. Auch hier fand am 13. Februar eine Volksversammlung statt, in welcher die beiden Themata: „Welche Stellung hat das deutsche Volk zur orientalischen Frage einzunehmen“ und „Die Tabaksteuer“ auf der Tagesordnung standen. Genosse Frohne aus Frankfurt behandelte den ersten Punkt der Tagesordnung in gebührender Weise, worauf die Versammlung folgende Resolution einstimmig annahm: „Geträut auf die Ueberzeugung, daß einem politisch mündigen, folglich auch als souverän zu erachtenden Volke nicht nur das Recht, sondern im Interesse der Gerechtigkeit, Humanität und allgemeinen Wohlfahrt noch weit mehr die Pflicht zusteht, innigsten Antheil zu nehmen an allen ihm drohenden politischen Verwicklungen, und gegebenen Falles ein entschiedenes Veto einzulegen gegen solche politische Projekte resp. Maßnahmen seiner Regierung, welche die Wahrscheinlichkeit oder auch nur die Möglichkeit der Herbeiführung derartiger Verwicklungen als begründet erscheinen lassen — erklären wir hiermit: daß wir der deutschen Reichsregierung bis herige Orient-Politik mißbilligen und gegen dieselbe Protest erheben.“ — Hierauf referirte Genosse Ulrich über die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer unter allseitiger Zustimmung und schlug am Schluß seines Referats folgende Resolution vor, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung protestirt mit aller Entschiedenheit gegen die projektirte Erhöhung der Tabaksteuer und erachtet es als die heiligste Pflicht der wahren Volksvertreter, gegen dieselbe zu agitiren und zu stimmen. Sie hält die Steuer an sich für eine völlig ungerechte, weil dieselbe, wie alle indirekte Steuern, die herrschende Klasse, welche alle Vortheile des heutigen Systems genießt, von den Lasten des Staates befreit und diese auf die Schultern des arbeitenden Volkes wälzt, wodurch dasselbe, schon als Produzent aller Werthe ausgebeutet, auch als Konsument durch den Verbrauch schlechter und vertheuerter Waare geschädigt wird. Aus diesen Gründen erklärt die Versammlung es für einen Verrath am Volke, wenn die Abgeordneten der projektirten Erhöhung zustimmen würden.“ — Daß das Tabaksteuer-Projekt wirklich alle Klassen und Parteien des Volks in Aufregung bringt, beweist die Thatsache, daß selbst die Liberalen unseres Kreises sowie des Rheingaus überhaupt (welche doch an Ungleichheit den Reichsansprüchen gegenüber seither nichts zu wünschen übrig ließen) eine Petition dagegen an unsere Abgeordneten Dernburg beförderten. Was Der nun thun wird? Nun, wenn's gilt, wird er sich schon zu helfen wissen; wir haben's ja schon gesehen. Uebrigens glauben unsere hiesigen Tabak-Industriellen an einen Erfolg der Petition (die hauptsächlich von ihnen ausging) selber nicht, ja sie wünschen ihn vielleicht nicht einmal, das scheinen ihre riesigen Tabakeinkäufe zu beweisen.

Aufruf!

Wir sind zusammengetreten, um durch Beiträge, einmalige oder jährliche, von Freunden und Genossenschaftsgenossen einen Pressfond zu stiften, der den Namen Johann Jacoby's führen soll. Der große Volksmann, der jüngst dahingefahren, hat für das Recht der freien Meinungsäußerung, als die Grundlage aller Freiheit, sein Leben lang tapfer gekämpft und gelitten. Durch das Werk, das wir beginnen, wird sein Andenken am besten geehrt. Der Pressfond soll dazu bestimmt sein, verfolgte Schriftsteller zu unterstützen, ihnen den Rechtsbeistand zu sichern, im Falle ihrer Haft die Angehörigen vor Noth zu schützen, der freisinnigen Presse beizustehen, die Entwicklung von Volksblättern zu fördern. Die Geschäftsführung wird einem Ausschusse anvertraut, der durch die Beiträger gewählt ist, für das erste Halbjahr werden die mitunterzeichneten Königsberger Genossen die Constituirungsarbeit übernehmen.

Kann die Thätigkeit dieses Fonds in reichlicher, dauernder Weise geübt werden, so wird damit ein gut Stück Arbeit zur Erringung des freien Staates geleistet, und in diesem Streben fühlen wir Alle uns einig, stehen wir Schulter an Schulter.

Beitrittsklärungen und Beiträge sind an Herrn L. Braun, Buchhändler, Königsberg in Pr., Französischestr. 22 zu richten. Sämmtliche freisinnige Zeitungen und Zeitschriften werden um kostenlose Aufnahme dieses Aufrufs ersucht.

Herrmann Arnoldi, Kaufm., Königsberg i. Pr. Reichstagsabgeordneter Bebel, Leipzig. Joh. Phil. Veder Wenz. Leopold Braun, Buchhändler, Königsberg i. Pr. Eli Behrend, Kaufmann, Königsberg i. Pr. Borowsky, Gärtner, Königsberg i. Pr. Reichstagsabg. Demmler, Schwerin. Dr. Albert Duff, Untertürkheim b. Stuttgart. Gutsbesitzer Ehardt, Komorowen Ostrp. Eichelsdorfer, Redact. d. N. Bad. Ldztg., Mannheim. Rechtsanwält Freitag, Leipzig. Buchhändler Geib, Hamburg. Gutsbesitzer Max Herbig, Narauenhof b. Kgsbg. i. Pr. Carl Voithof, Reichstagsabgeordneter, Frankfurt a. M. Ad. Harig-Weinbe, Mainz. Kaver von Hofenkamp, Red. d. Beobachter, Stuttgart. Wilhelm Hajenclever, Reichstagsabgeordneter, Leipzig. Carl Hirsch, Paris. Conditior Kallmann, Königsberg i. Pr. G. Fr. Kolb, München. Ad. Kroeber, Holzhandl., München. Reichs-

rathsabg. Dr. Ferdinand Kronmayer, Wien. Dr. L. Kugelmann, Hannover. v. d. Leeden, Hauptmann a. D., Herzogswalde bei Böhmischdorf. M. J. Levy, Rentier, Berlin. Lieblich, Reichstagsabgeordneter, Leipzig. Gutsbesitzer Luca, Junkerfen D. Dr. Junizgrath Marini, Langig. Carl Mayer, Stuttgart. Dr. Meißig, Berlin. Dr. jur. August Oppenheim, Cöln. Gutsbesitzer Prager, Pittauen. Rechtsanwält Payer H. Reichstagsabgeordneter, Stuttgart. Justizrath Dr. Reisinger, Frankfurt a. M. John Reilenbach Pfliden; Maler Reingart, Königsberg i. Pr. Rittinghausen, Reichstagsabgeordneter, Cöln. Paul Singer, Kaufmann, Berlin. Leopold Sonnemann, Frankfurt a. M. Ludwig Walschrode, Stuttgart. Dr. Guido Weiß, Berlin. Jos. Zervas, Cöln.

Öffentliche Quittung.

Im Monat Februar habe ich für nachbenannte Fonds vereinnahmt:

a) Agitationsfond:
Von einem Parteigenossen in der Vorderpforte M. 60,00; Helgen d. N. Schneeweiß 9,00; Königsberg v. Str. u. Hst. 3,00; Minden i. W. d. Domeier (f. Wähler) 0,75.

b) Unterstützungsfond:
Gästrow d. C. Wollschläger 17,26; Klein-Grasbühl d. W. Reiche 14,44; Wollensbüchel v. einem Genossen d. W. Bracke 6,00; Leipzig d. Gedlich von Dierken M. 9,82; Hainichen d. A. Auerbach 1,65; Hof v. J. Kay 19,00; Rammheim, Ueberichs vom Weihnachtsfest durch W. Brauning 100,00; Halle d. H. Ködiger 11,00; Kiel d. F. Neumann von Hoffmann's Hochzeit 6,00; London v. kommunisistichen Arbeiterbildungsverein d. Eckardt 17,50; Berlin d. E. Brizer gelammelt in Braung v. Mepe's Fabrik 15,00; Gotha d. E. Giesede 9,00; Blotha d. E. gef. auf H. Fabrik 6,00; do. d. Peters 1,95; Leipzig durch H. Benuewitz Ueberichs der Pfennigsamm. 30,00; Kiel d. F. Neumann v. Fest der Segelmacher 6,20; Rostock von Philipp Haberl 10,00; Witona v. W. Vordermann 10,00; Hannover durch H. Reichenbach bei Bereinigung des „Arb.-Sängerbund's“ und „Eintracht“ 1,70; Frankfurt a. M. d. H. Knole gef. am 15. Dezbr. bei Betier zu Bornheim 2,11; Essen d. A. Lange v. 13 Partei. am Tage, als sich Buzardst; zum Bajazzo machte 5,00; Steinwälder v. einem Geburtstags 1,33; Harburg v. F. Fischer 4,50; Grundstein bei Köhren v. d. Gartenarbeitern bei D. Dahler 3,00; Witona v. Schalle's Eig. Fabrik 20,00; Rukia gef. d. Joh. Hadel 3,50; Ludwigshafen von den Parteigenossen d. F. Gramann 3,50; do. v. J. B. 25,00; Gotha d. Brack 10,00; Breslau d. A. Hövel vom Fest der Eisenbahnarbeiter 15,00; Hamburg von J. Auer 2,40; v. Halberstadt 1,00; v. Frau S. 0,10; v. G. J. H. 2,00; v. W. Lüftins 2,40; v. Giesede's Bank d. Kö. her 4,00; v. J. P. Petersen, Et. Pauli, Langereiche, 20,00.

c) Wohlfond:
Harburg v. D. Stiffens 5,40; Barmen von B. Gräber 10,00; Langenbülau v. E. 0,50; Braunsburg d. Weis gef. in mehreren Eig. Fabrik 11,35; Pöerane b. Reb. Jachin 30,00; do. vom Volksverein 15,00; Gieser von J. Krosche 0,50; Frammersbach von Dr. R. M. 6,00; Hamburg v. D. H. 2,00; Landau v. Ad. Reinhold 2,80; Witona v. Hinz Eig. Fabrik 20,00; Berlin v. H. Schrader's Eig. Fab. 20,00; Ottenen v. Parteigenossen d. Herold 40,00; Reutlingen von A. Kugelmann 3,00; Dornmund d. E. H. Kalsfleisch erste Rate 68,00; Giesede d. H. Baumgart v. Eig. Arbeitern in Gemälgen 13,20; Kteda d. H. Meinders 9,10; Harburg von d. central. Gem. d. H. Holzmann 15,00; Harburg d. M. Müller 23,00; Frankfurt a. M. Liste 10 durch F. Schmidt 23,60; Jüterbog gelammelt d. Andreas 8,50; do. d. H. Wient 1,10; Remscheid Liste 1 v. Genossen d. E. Wille 16,00; Jey v. Kähler u. Hoffmann's Fabrik 6,00; do. v. Freitag's Fabrik 3,80; do. v. Kiefer's F. 1,90; do. v. Krüger's F. 1,50; do. v. Schneider's F. 1,40; do. v. Köhler's F. 0,80; do. v. Göge's F. 0,80.
Hamburg, 1. März 1878.

Kugul Weib, Ködingsmarkt 12.

Aufruf an die Schuhmacher Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz.

Collegen!
Aus dem „Vorwärts“ und dem „Weder“ wird Euch bekannt sein, daß die Schuhwaaren-Fabrikanten in Offenbach a. M. beabsichtigen eine Lohnreduktion einzutreten zu lassen.
Die Fabrikanten hielten jetzt die Zeit für günstig, die Absicht auszuführen, die Lohnreduktion wurde eingeleitet.
Diese beträgt bei der geringsten Sorte Herrenarbeit 40 Pfg. per Paar; bei Damenarbeit steigt dieselbe bis auf 70 Pfg. per Paar.
Die Fabrikanten wollen diese Maßregel mit dem schlechten Beschäftigungs- und dem geringen Absatz begründen, emütheten sich aber nicht zu verlangen, daß wir länger arbeiten, d. h. mehr erzeugen sollen, wenn wir auf den früheren Lohnfuß kommen wollen. Diese Zumuthung beweist zur Genüge, daß die Fabrikanten die ohnedies traurige Lage der Schuhmacher nur dazu benützen wollen, um aus derselben mehr Profit zu ziehen, sich zu bereichern. Sie wollen uns in den sie auf die schlechten Zeiten und die viele überzählige Arbeitskraft hinweisen, den Fuß auf den Boden setzen und waren der Meinung, daß uns ein kleiner Lohn doch noch lieber sein werde als gar kein „Brodienst“.
Da die Löhne, welche die Herren zahlten, ohnedies zum Leben kaum mehr hinreichten, konnten wir eine Reduktion derselben unmöglich ertragen, wollten wir nicht uns und unsere Familien dem langsamen Hungertode preisgeben.
Auf die durch Nicht gerechtfertigte Forderung der Arbeitgeber konnten wir nicht anders als mit einer Arbeitseinstellung antworten.
Collegen! Wir haben diesen Schritt nicht unbesonnen gethan, wir haben Alles wohl erwogen und wissen, daß wir unter den gegenwärtigen traurigen Verhältnissen einen schweren Stand haben.
Wir konnten nicht anders handeln! Wir waren vor die Alternative gestellt, entweder uns zu fügen und mit unseren Familien einem unzulässigen Elende entgegen zu gehen, oder, auf die Solidarität der Arbeiter vertrauend, die schamlosen Forderungen der Arbeitgeber zurückzuweisen.
Wir wählten das Letztere!
Collegen! an Euch ist es jetzt, in geschlossenem Reih'n hinter den Schuhmachern Offenbachs zu stehen und dieselben nach Kräften zu unterstützen. Unsere Sache ist Eure Sache! Siegen wir, so werden es die Fabrikanten anderwärts wohl so leicht wagen, mit einer Lohnreduktion herbeizutreten, sollen wir, so werden die Arbeitgeber anderer Orte ihren Offenbacher Vorbildern nachahmen und allerorts eine Lohnreduktion einzutreten lassen.
Vor Allem heißt es, den Jutag fern zu halten; in zweiter Linie heißt es, dafür zu sorgen, daß Unterstützungsgelder beschafft werden, damit die Strikenden nicht vom Hunger — welcher bekanntlich der b. f. Helfersheifer der Ausbeuter ist — gezwungen werden, nachzugeben.
Also, Genossen, thut Euer Pflicht!
Alle Briefe sind zu richten an den ersten Vorsitzenden Peter Röhlig, Schloßstraße Nr. 28, zu Offenbach am Main.
Gelder sind zu senden an E. Dworzak, Halendachstraße Nr. 14.
Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

Der Redaktion. D. in Kopenhagen: Ihre Correpondenz wird baldmöglichst Verwendung finden. — B. in D.: Das beste ist, Sie fragen bei dem betreffenden Geschäft an, ob er Ihre Streichung aus dem Adressenregister veranlaßt hat. Ist dies nicht geschehen, dann sorgen Sie dafür, daß es geschieht, da Sie ja doch, wie es den Anschein hat, zwar Ihre Ueberzeugung kundgeben, aber Ihrer Frau zu Lieb, lauthals bleiben wollen. Ist letztere letztere Annahme irrig, dann schlagen Sie den entgegengelegten Weg ein und melden Sie bei dem Geschäft an, allerdings Ihren Austritt aus der katholischen Kirche an. Ist die Sache so in Ordnung gebracht, dann ergibt sich Ihr Verhalten gegenüber dem bemühten Amt von selbst. Zum Schluß noch das Gedächtniß, daß Sie in der ganzen Affaire eine sehr fragwürdige

Rolle gespielt haben. — E. J. L. in Wittweida: Für den „Vorwärts“ dürfte das Gedicht doch wohl kaum passen.
der Expedition: W. Eckert, Kalk: 2 M. erhalten. — Ottenen: Die Postkassone kam für die Sonntagsnummer zu spät. — Schap, Großschwein: ad. 1) Wir erwarten täglich neue Sendung, dann erhalten Sie sofort 12 Stk. ad. 2) Wir werden uns bemühen, eine derartige Schrift, wie Sie wünschen, zu erhalten.

Da ich den Aufenthaltsort meines Bruders, Hermann Strobel, Weber aus Pausa (Sachsen) in Deutschland nicht ermitteln kann, so erlaube ich alle Genossenschaftsgenossen in der Schweiz und in Frankreich, wo sich derselbe mathematisch aufhalten wird, ihn auf diese Notiz aufmerksam zu machen. Dringender Familienverhältnisse halber ist es nöthig, daß er uns seinen jetzigen Aufenthalt bekannt gebe.
Pausa, den 28. Februar 1878. K. Strobel, Weber.

Genosse Max Kasper aus Dresden bitte um Zustellung seiner Adresse, oder, falls mein Brief an ihn gelangt, um gefällige baldige Antwort.
H. Ködiger, Halle a. S., Gr. Wallstr. 24.

Quittung. M. Hmann London Ab. 40,80. Wegs Wien Schr. 5,12. Jahn Ottenen Ann. 3,00. Wrin Schmöln Ab. 5,65. Schwedt Barmen Ab. 4,60. Fr. Engl Reudnitz Ab. 21,00. Wrin hier Ab. 0,30. Elberhen Schlingen Ab. 13,44. Schr. 2,40. Brgr Seelen Ab. 6,50. Bg Darmstadt Schr. 50,00. A. Sch Edinburg Ab. 19,70. Wrin Plauen Schr. 0,60. Klyn Chemnitz Ab. 1,50. Sprngr Rochen Ab. 5,25. Eng Ludwigshafen Schr. 6,00. Klyn Langenbülau Schr. 0,95. Mh hier Schr. 3,00.

Anzeigen etc.

Annoucen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Leipzig, Donnerstag, den 7. März, Abends 1/9 Uhr im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenstr. 7:
Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Votalspreffe. (90 Parteikarten sind vorzusetzen.)
Der Agent.

Central-Wahl-Comité.

Alle Briefe etc. für das Comité sind vom nun an zu richten an
E. Derossi, Holzdam 42.
Geldsendungen sind wie bisher an A. Weib, Ködingsmarkt 12 zu adressiren.
Hamburg, 23. Februar 1878.
J. A.: E. Derossi.

Binnen 14 Tagen 5000 Expl. vergriffen.
In Commissions-Verlage von R. G. Pöhme in Leipzig, Eisenstraße 1, ist erschienen und durch alle Expeditionen sozialistischer Blätter zu beziehen:

Zur orientalischen Frage
oder
Soll Europa kosatisch werden?
Ein Mahnwort an das deutsche Volk
von
Wilhelm Liebknecht.
Zweite, um etwa 1 Bogen vermehrte Auflage, in der die neuesten Phasen der politischen Lage berücksichtigt sind.
Preis 30 Pfg., bei Bezug von 12 Expl. à St. 25 Pfg. und auf 10 ein Freirexemplar.

Religion und Sozialismus.
Eine nachgelassene Schrift, den deutschen Arbeitern gewidmet
von Dr. C. Borsttau.
Zweite Auflage. Preis 40 Pfg., in Partien 30 Pfg.

Die Orientdebatte im deutschen Reichstag
(Sämmtliche Reden vollständig nach dem amtlichen stenographischen Bericht)
belehrtet
von W. Liebknecht.
4-5 Bogen 8°. Preis 30 Pfg., bei Entnahme von 12 Exemplaren à Stück 25 Pfg. u. 11/10.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:
Rundschau.
Organ für sozialistische Propaganda.
Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 15 Pf., auf der Post vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn.
Verlag: Amelungstr. 5, Hamburg.

Berichtigung.
Bei dem Inserate in Nr. 21 „Patentirte neue Erfindung“ ist ein Fehler untergefallen, indem eine Kapital-Einlage nicht von 500 M. sondern von 5000 M. gesetzt wird. Respektanten wollen sich an Witz, Eckert in Kalk bei Deutz wenden.

Zur Agitation wie zur Gewinnung von Abonnenten sind gegen Einsendung des Portobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stk. 10 Pf., zu 30 Stk. 20 Pf., zu 60 Stk. 30 Pf., über 60 bis 300 Stk. per Paket 50 Pf.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „Vorwärts“ von uns zu beziehen. Größere Posten liefern wir per Eisenbahn-Frachtgut und berechnen solchen Falls à 1/2 Ctr. mit 5 M., à Ctr. mit 10 M. bei frankirter Zusendung.
Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts“.
Verantwortlicher Redacteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Beipzig.
Redaktion und Expedition Fieberstraße 12 II in Leipzig.
Zusatz und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.